

Informationsdienst Wissenschaft

Pressemitteilung

Gefahren durch extreme Niederschläge werden ab 2040 deutlich zunehmen

Martin Ittershagen Pressestelle
Umweltbundesamt (UBA)

15.02.2011 12:31



Gemeinsame Presseinformation mit BBK, DWD und THW

Der Klimawandel schreitet weiter voran. Deutschland muss deshalb schon ab dem Jahr 2040 ganzjährig mit einer starken Zunahme extremer Niederschläge rechnen. Damit drohen bereits in drei Jahrzehnten deutlich mehr Schäden durch Überschwemmungen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich frühzeitig auf die wachsenden Gefahren durch Wetterextreme vorbereiten.

Dieses Ergebnis eines gemeinsamen Forschungsprojekts des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), des Technischen Hilfswerks (THW), des Umweltbundesamtes (UBA) sowie des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zu den Auswirkungen des Klimawandels auf extreme Wetterereignisse wurde heute in Berlin von den vier Behörden vorgestellt.

„Im Winter, also den Monaten Dezember, Januar und Februar, erwarten wir bis zum Jahr 2100 in weiten Teilen Deutschlands mehr Starkniederschläge“, erläutert Dr. Paul Becker, Vizepräsident des DWD. Als Starkniederschläge bezeichnen Meteorologen Regenmengen, die im Mittel vor Ort nur etwa an jedem 100. Tag überschritten werden und je nach Region 10 bis 100 Liter pro Quadratmeter in 24 Stunden erreichen. Die DWD-Experten erwarten, dass deren Häufigkeit etwa ab 2040 teilweise deutlich steigen wird. In küstennahen Gebieten könnte sich die Anzahl extremer Niederschläge - verglichen mit dem Zeitraum 1960 bis 2000 - verdoppeln, in den Alpenregionen nahezu konstant bleiben und zwischen Küste und Alpen um bis zu 50 Prozent zunehmen. In den Sommermonaten Juni, Juli und August dürfte sich die Häufigkeit von Starkniederschlagsereignissen nicht in allen Teilen Deutschlands einheitlich entwickeln. In den meisten Regionen rechnet der DWD mit einem Anstieg um etwa 50 Prozent, in Teilen des Nordostens auch mit einer leichten Abnahme der Starkniederschlagstage.

Vorsorge gegenüber den Folgen des Klimawandels verstärken

„Diese Ergebnisse erhöhen den Handlungsdruck, die Vorsorge gegenüber den Folgen des unvermeidbaren Klimawandels zu verstärken“, erklärt Jochen Flasbarth, Präsident des UBA. Insbesondere Extremereignisse haben ein großes Schadenspotenzial zum Beispiel für Infrastrukturen wie die Wasser- und Energieversorgung und die Verkehrswege. Deshalb habe der Bund einen besonders hohen Beratungsbedarf zu der Frage, wie sich extreme Wetterereignisse künftig verändern werden und wie Deutschland sich auf häufigere und heftigere Extremereignisse vorbeugend vorbereiten könne.

Das Umweltbundesamt untersucht vor allem die Folgen von Wetterextremen auf Umwelt und Gesellschaft. Da diese in Deutschland regional unterschiedlich sein werden, braucht es auch regional unterschiedliche Anpassungsreaktionen. So richten zum Beispiel Starkniederschläge gerade in Städten große Schäden an. Deshalb seien dort Anpassungsmaßnahmen, die auf eine ‚wassersensible‘ Stadtgestaltung hinaus liefen, von großer Bedeutung. Das UBA empfehle Städten deshalb eine dezentrale Regenwasserversickerung und ihre Oberflächen so zu gestalten, dass sie unter normalen Wetterbedingungen für Freizeitaktivitäten genutzt werden können, im Ereignisfall aber dem Wasserrückhalt dienen.

Anpassung an den Klimawandel ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Christoph Unger, Präsident des BBK, betont, dass die Anpassung an den Klimawandel eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, denn es liege in der Verantwortung des Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten. Zugleich gehöre der Umgang mit Extremwetterereignissen und anderen Naturgefahren für den Bevölkerungsschutz schon immer zu dessen originären Aufgaben. „Wenn wir aber das aktuell sehr hohe Niveau des Bevölkerungsschutzes in Deutschland halten und weiter erhöhen wollen, kommt es darauf an, Veränderungen von Gefahrenlagen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig zu reagieren.“ Eine mögliche Veränderung von Starkregenereignissen sei deshalb für die Rettungsdienste, Feuerwehren, das THW und andere Aktive im Bevölkerungsschutz von zentraler Bedeutung. Der Bevölkerungsschutz müsse sich angesichts der erwarteten Veränderungen die Frage stellen, ob die einsatztaktischen, personellen oder materiellen Mittel und Ressourcen auch in Zukunft geeignet und ausreichend verfügbar sein werden. So

könne es sinnvoll sein, Alarmpläne und Ausstattungskonzepte zu überarbeiten und zu bewerten, ob die vorgehaltenen Kapazitäten ausreichen - unabhängig davon, ob es sich um Spezialgerät oder Einsatzkleidung handelt.

Extremwetterereignisse sind die häufigsten Großschadensereignisse

Extremwetterereignisse wie Schneekatastrophen, Hochwasserereignisse und extreme Trocken- und Hitzeperioden waren und sind in Deutschland die am häufigsten auftretenden Großschadensereignisse, erläutert Volker Strotmann, Leiter der Abteilung Einsatz im THW. Da das THW als Organisation des Bundes bei Wetterkatastrophen auf Anforderung der für die Gefahrenabwehr verantwortlichen lokalen Stellen technische Unterstützung vor Ort leiste, sei es von einer möglichen Veränderung extremer Wetterereignisse stark betroffen. Als Beispiel nannte Strotmann das Jahr 2010. So fielen insgesamt 845 781 Einsatzstunden an - fast doppelt so viele wie 2009. Der größte Teil davon entfiel auf wetterbedingte Einsätze. „Das Jahr 2010 mag, klimatisch gesehen, ein Ausreißer gewesen sein. Ab er es zeigt, wie wichtig für das THW ist, ob solche Ereignisse zukünftig häufiger auftreten werden und ob wir uns einsatztaktisch auf eine veränderte Umwelt einstellen müssen.“ Um eine Entscheidungsgrundlage für die Zukunft zu bekommen, habe sich das THW als operativ tätige Organisation an dem Forschungsprojekt beteiligt. Nur durch die Identifizierung der Risiken, der Eintrittswahrscheinlichkeit und die Abschätzung des zu erwartenden Schadens sei es möglich, sich gezielt auf kommende Schadensereignisse auszurichten. Erst dann könne das THW entscheiden, ob die jetzige Struktur beibehalten werden kann oder ob es in bestimmten Bereichen andere Einsatzschwerpunkte geben muss, also ob zum Beispiel mehr Einheiten bereitgestellt werden müssen, die große Mengen Wasser fördern können, oder ob es mehr Kapazitäten geben müsse, die in größerem Umfang Elektrizität liefern.

Die Reden sowie weitere Unterlagen zur Pressekonferenz finden Sie im Internetangebot des Deutschen Wetterdienstes unter www.dwd.de/presse

Dessau-Roßlau, 15.02.2011

(6.819 Zeichen)

URL dieser Pressemitteilung: <http://idw-online.de/pages/de/news409092>

Merkmale dieser Pressemitteilung:

Journalisten, Wissenschaftler

Bauwesen / Architektur, Geowissenschaften, Meer / Klima, Umwelt / Ökologie
überregional

Forschungs- / Wissenstransfer, Forschungsprojekte

Deutsch

Sie müssen angemeldet sein, um die Pressemitteilung einem Admin zu melden.

 [Kurzlink](#)